

Protokoll Nr. 31 vom 28. März 2018

Vorsitz	Heidi Grau, Grossratspräsidentin, Zihlschlacht
Protokoll	Hanny Schmid, Parlamentsdienste
Anwesend	120 Mitglieder
Beschlussfähigkeit	Der Rat ist beschlussfähig.
Ort	Rathaus Frauenfeld
Zeit	09.30 Uhr bis 11.35 Uhr

Tagesordnung

1. Amtsgelübde von Kantonsrätin Christina Pagnoncini (16/WA 41/195) Seite 7

2. Verordnung betreffend die Änderung der Verordnung des Grossen Rates über die Besoldung des Staatspersonals (Besoldungsverordnung) (16/VO 1/147)
Redaktionslesung, Schlussabstimmung Seite 8

Dringliche Interpellation von Josef Gemperle, Daniel Vetterli, Roland A. Huber, Kurt Egger, Sabina Peter Köstli, Cornelia Hasler, Barbara Müller, Matthias Rutishauser, Iwan Wüst, Urs Schär vom 28. März 2018 "Vertragsbruch des Bundes beim Agroscope Standort Tänikon" mit Antrag auf dringliche Behandlung (16/IN 29/211)

Dringlichkeit Seite 6
Beantwortung Seite 9

Erledigte

Traktanden: 1 und 2 sowie Dringliche Interpellation

Entschuldigt	Auer Jakob, Arbon	Beruf
	Feuz Hans, Altnau	Beruf
	Lüscher Bruno, Aadorf	Gesundheit
	Orellano Lucas, Frauenfeld	Beruf
	Regli Christoph, Frauenfeld	Ferien
	Sax Marianne, Frauenfeld	Beruf
	Schenker Marcel, Frauenfeld	Gesundheit
	Strupler Manuel, Weinfeld	Gesundheit
	Vietze Kristiane, Frauenfeld	Beruf
	Vonlanthen Andrea, Arbon	Ferien

Präsidentin: Et voilà! Le Président du Conseil national, Monsieur Dominique de Buman, vient d'arriver dans notre salle et nous fait l'honneur d'une visite ce matin.

Monsieur de Buman et moi, nous avons fait connaissance l'année passée lors d'un événement sportif en Thurgovie. C'était juste au moment où le Grand Conseil thurgovien a décidé – avec un résultat très serré – de garder l'enseignement du français précoce à l'école primaire. En ce moment historique, Monsieur Dominique de Buman a exprimé le souhait de rendre visite au Parlement thurgovien. Nous avons volontiers exaucé ce souhait et nous réjouissons beaucoup que sa présence donne de l'éclat à notre séance.

J'ai maintenant le plaisir de donner la parole à Monsieur le Président du Conseil national, Dominique de Buman, et le prie de se rendre au pupitre ci-devant à gauche.

Monsieur le Président du Conseil national Dominique de Buman: Es ist mir eine grosse Ehre, hier vor Ihnen sprechen zu können, und ich danke Ihnen für die Möglichkeit, einige Worte an Sie richten zu dürfen. Ich war vor ungefähr 17 Jahren Grossratspräsident des Kantons Freiburg. Deshalb berührt es mich, in einem Grossratssaal zu sein. Dank dem Motocross Frauenfeld war es möglich, dass ich Grossratspräsidentin Heidi Grau kennenlernen durfte. Dort haben wir diesen Besuch vereinbart. Gestatten Sie mir eine persönliche Bemerkung: Als Freiburger bin ich es gewohnt, dass man meine Herkunft mit einem landwirtschaftlichen Produkt, dem Käse, das heisst, dem Greyerzer oder dem Vacherin, in Verbindung bringt. Vielen von Ihnen wird es ähnlich gehen, wenn Sie sagen, dass Sie aus dem Thurgau kommen. Ihr Gegenüber wird sicherlich gleich an Apfelbaumplantagen oder Most denken. Diese Reduktion der Herkunft auf ein einziges Produkt ist sicherlich eine Verkürzung. Aber man darf immer ein bisschen Humor haben und schmunzeln. Sie hat aber nichts schmälerns, vorausgesetzt, dass man das entsprechende Produkt mag. So denke ich jedes Mal an den Thurgau, wenn ich in einen besonders saftigen und süssen Apfel beisse, wie der ehemalige französische Staatspräsident Giraque, der immer sagte: "Mangez des pommes". Aber ich denke auch an die

lieblichen Landschaften und die reizvolle Bodenseeregion. Diese Region liegt mir als Präsident des Schweizerischen Tourismusverbandes am Herzen, sie ist eine Hochburg des Schweizer Tourismus. Aber nun wieder zu den Äpfeln: Jeder Apfel ist sozusagen eine innere Postkarte aus Ihrem Kanton, ein herzlicher Gruss, über den ich mich jeweils freue. Natürlich weiss ich, dass nicht jeder Apfel aus dem Thurgau stammt und ich trinke, wie bereits gesagt, sehr gerne ein Glas Shorley. Aber es gibt noch etwas Berührendes hier in Frauenfeld: Die Geschichte hat uns angenähert und ich konnte lernen, dass Frauenfeld und Freiburg zur selben Zeit in den Zähringer- und Kyburger Händen lagen. In diesem Sinne sind unsere beiden Hauptstädte nicht so weit voneinander entfernt. Der Thurgau lässt mein Herz auch aus einem anderen Grund höher schlagen. Ich war sehr erfreut zu erfahren, dass ihr Rat positive Massnahmen zur Verbesserung des Französisch-Unterrichtes auf der Primarschulstufe beschlossen hat. Vielleicht ist der Vorstoss noch nicht unter Dach, er soll aber ab dem Schuljahr 2018/2019 umgesetzt werden. Es ist wichtig, dass die jungen Menschen in unserem Land jeweils eine zweite Landessprache erlernen, damit wir die Schweizer Erfolgsgeschichte weiterschreiben können. Diese beruht darauf, sich auf gemeinsamen Positionen zu verständigen, Kompromisse zu schmieden und den Beschlüssen Taten folgen zu lassen. Hierbei nimmt das Verständnis für die Argumente von Gegenparteien einen wichtigen Platz ein. Das setzt voraus, dass man die Sprache des anderen versteht und auf die Dauer auch liebt. Da die Schweiz zudem ein viersprachiges Land ist, ist das Verständnis und die Kenntnis der anderen Sprachen wichtig. Als Freiburger sage ich das aus Überzeugung. Wir sind ein zweisprachiger Kanton und wir müssen über die Sprachgrenze hinaus immer mit anderen Kontakt haben. Was würde die Schweiz machen, wenn wir zwei ausländische Sprachen hätten? Wir sind eine Willensnation. Das gehört ein bisschen zum Motto der Vergangenheit oder unserer Schweizer Geschichte, aber das ist immer noch die Realität. Wir sind so stolz auf unsere Heimat, weil wir unsere gemeinsamen Werte immer noch pflegen. Niemand von uns möchte Franzose oder Deutscher werden, wir sind alle Schweizer und es ist für mich deswegen eine Freude, in diesem Grossratssaal auftreten zu dürfen. Ich kann es nicht genug betonen, Ihre Entscheidung ist ein Zeichen für eine umsichtige Politik, die langfristig und nachhaltig wirken soll. Eine solche Entscheidung hat auch schweizweit Ausstrahlung. Es trägt zur Kooperation unseres Landes bei und hat damit Vorbildcharakter. Wir müssen uns bewusst sein, dass es nicht nur um Sprachen geht, sondern um die Werte, die wir pflegen. Ich bin mir bewusst, dass die Entscheidung, die Sie vor gut einem Jahr getroffen haben, eine knappe Entscheidung war. Deswegen lohnt es sich, mit Charme zu überzeugen. Wir müssen uns besser verstehen, obwohl wir die Schwierigkeiten des Sprachgebrauchs gut kennen. Dies gilt auch in der Westschweiz, und ich werde mich als halber Welscher auch bemühen, dass die Westschweizer die deutsche Sprache immer noch lernen müssen, nicht nur sollen oder mögen. Es geht nicht um eine Lektion, eine politische Macht oder eine politische Gewalt, sondern ich möchte Ihnen von Herzen danke sagen. Geschätzte Damen und Herren, wir alle sind Mitglieder der Legislative. Im

Bundesparlament brauche ich etwas häufiger die Glocke als hier, hier ist es disziplinierter. Vielleicht ist die Akustik in diesem Grossratsaal besser. Wir alle kennen die Herausforderungen, die mit unserem Amt als Milizpolitikerinnen und Milizpolitiker verbunden sind. Wir alle kennen die zum Teil langwierigen Prozesse der Gesetzgebung. Deswegen braucht es in einer Sitzung manchmal auch einen Unterbruch. Wir alle kennen das zähe Ringen mit der Exekutive, in Bern ist es dasselbe. Wir alle wissen, dass nur jene Lösungen mehrheitsfähig sind, welche auch die Anliegen von Minderheiten am meisten berücksichtigen. Es ist auf kantonaler Ebene wie auch auf Bundesebene das Gleiche. Wir sind alle Menschen. Daher freue ich mich sehr über die Gelegenheit, mich mit Ihnen über die parlamentarische Arbeit auszutauschen und aus erster Hand zu erfahren, welche Themen für Sie Priorität haben. Ich werde in diesen Stunden viele Facetten und farbenreiche Eindrücke sammeln können. Sie werden mein sehr positiv konnotiertes Bild ihres schönen Kantons ergänzen. Ich wünsche Ihnen eine erfolgreiche Sitzung und alles Gute für Ihre weitere politische Arbeit für die Bevölkerung Ihres Kantons. Es lebe unsere gemeinsame Heimat. Ich würde gerne Ihr Grossratsbüro zu einer Parlamentssitzung in Bern einladen.

Präsidentin: Je vous remercie cordialement, Monsieur le Président du Conseil national de Buman, pour vos paroles sympathiques et pour l'honneur rendu au canton de Thurgovie par votre visite. Je vous invite maintenant à prendre place sur la tribune.

Präsidentin: Am 9. März fand das traditionelle Parlamentarier-Skirennen in Wildhaus unter der Organisation des St. Galler Kantonsrates statt. Die Thurgauer Delegation bestand aus 16 Personen, wovon die Kantonsrätinnen und Kantonsräte von zwei Mitgliedern aus dem Regierungsrat verstärkt wurden, nämlich Regierungsrätin Monika Knill und Regierungsrat Walter Schönholzer. Trotz dieser willkommenen Unterstützung reichte es am Ende des Rennens leider nur zum 7. Kantonsrang - so wie es sich für einen Kanton ohne hohen Berge, dafür mit lieblichen Landschaften, gehört. Ein herausragendes Rennen fuhr Kantonsrätin Cornelia Hasler, welche das zweitbeste Resultat bei den Damen erreichte und sogar alle Thurgauer Herren hinter sich liess. Bei den Thurgauer Herren fuhr Kantonsrat Konrad Brühwiler am schnellsten ins Ziel. Ich gratuliere allen Wintersportlerinnen und Wintersportlern zu Ihrer Leistung.

Am 15. März 2018 weilte das Büro auf Einladung des Präsidiums des Kantonsrates St. Gallen in Rapperswil, wo es die Hochschule für Technik besichtigte. In einem anschliessenden offiziellen Teil wurde von beiden Büros die Absicht bekräftigt, eine vermehrte inhaltliche Zusammenarbeit bei kantonsübergreifenden Themen, bei denen Interessengleichheit besteht, auf parlamentarischer Ebene anzustreben. Man war sich einig, dass die Fraktionspräsidien beider Kantone hier eine wichtige Funktion übernehmen könnten.

Gestatten Sie mir noch eine Bemerkung zum Ratsbetrieb: Wir wohnen heute einer Premiere bei: Die Grossratssitzung wird heute nämlich zum ersten Mal live von LeuTV übertragen. Interessierten Personen soll so ermöglicht werden, der Debatte von zu Hause aus zu folgen. Das Büro hat die Bewilligung zur Live-Sendung unter Auflagen erteilt.

Ich gebe Ihnen die folgenden Neueingänge bekannt:

1. Botschaft betreffend Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2017 der Thurgauer Kantonalbank. Die Vorberatung dieses Geschäfts erfolgt durch die Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission.
2. Geschäftsbericht 2017 der Pädagogischen Hochschule Thurgau. Die Vorberatung dieses Geschäfts erfolgt durch die Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission.
3. Beantwortung der Motion von Kurt Egger, Wolfgang Ackerknecht, Hansjörg Brunner, Ueli Fisch, Alex Frei, Daniel Frischknecht, Toni Kappeler, Jost Rüegg und Stephan Tobler vom 30. August 2017 "Standesinitiative zur Beseitigung der Wertfreigrenze im Einkaufstourismus".
4. Beantwortung der Interpellation von Andrea Vonlanthen, Patrick Hug, Jacob Auer, David H. Bon, Didi Feuerle, Daniel Frischknecht, Doris Günter und Alban Imeri vom 19. April 2017 "Fragwürdiger Marschhalt mit dem Historischen Museum".
5. Beantwortung der Interpellation von Ulrich Müller vom 22. November 2017 "Schloss Eugensberg".
6. Beantwortung der Einfachen Anfrage von Brigitte Kaufmann vom 10. Januar 2018 "Planungsstand Umbau und Sanierung Gebäude C BBZ Weinfeld".
7. Beantwortung der Einfachen Anfrage von Marina Bruggmann vom 24. Januar 2018 "Schliessung des IBZ Landschlacht - Wichtiges Entlastungsangebot geht verloren".
8. Beantwortung der Einfachen Anfrage von Petra Kuhn und Urs Schär vom 24. Januar 2018 "Prävention und Bekämpfung Afrikanische Schweinepest (ASP)".
9. Beantwortung der Einfachen Anfrage von Peter Dransfeld, Josef Gemperle, Andreas Guhl, Barbara Kern und Jost Rüegg vom 24. Januar 2018 "Herzklinik: Staatlich geduldete Millionen-Bereicherung?".
10. Stellungnahme der Leistungsmotion von Roland A. Huber, Margrit Aerne, Reto Lagler, Walter Hugentobler und Ueli Fisch vom 20. Dezember 2017 "Qualitätssicherung Volksschule".
11. Missiv des Regierungsrates betreffend Nachrücker von Christina Larissa Pagnoncin, Alterswilen, in den Grossen Rat.
12. Statistische Mitteilung Nr. 1/2018: Wohnbevölkerung der Politischen Gemeinden am 31.12.2017.
13. Interpellation von Josef Gemperle, Daniel Vetterli, Roland A. Huber, Kurt Egger, Sabina Peter Köstli, Cornelia Hasler, Barbara Müller, Matthias Rutishauser, Iwan Wüst, Urs Schär vom 28. März 2018 "Vertragsbruch des Bundes beim Agroscope Standort Tänikon" mit Antrag auf dringliche Behandlung.

Der Ratssekretär Bruno Lüscher ist heute gesundheitshalber abwesend. Als Ersatz schlägt die FDP-Fraktion Kantonsrat Beat Pretali vor. **Stillschweigend genehmigt.**

Mit Datum vom 28.03.2018 haben Kantonsrat Josef Gemperle zusammen mit Daniel Vetterli, Roland A. Huber, Kurt Egger, Sabina Peter Köstli, Cornelia Hasler, Barbara Müller, Matthias Rutishauser, Iwan Wüst und Urs Schär eine Interpellation "Vertragsbruch des Bundes beim Agroscope Standort Tänikon" eingereicht. Die Interpellanten beantragen dringliche Behandlung. Dabei gilt § 20 unserer Geschäftsordnung: "Wird für ein Geschäft, das nicht auf der Tagesordnung steht, dringliche Behandlung beantragt, ist der Vorstoss zuhanden des Präsidiums und des Regierungsrates möglichst frühzeitig, spätestens jedoch gemäss § 19 Absatz 2, einzureichen. Stimmt der Rat der Dringlichkeit zu, ist das Geschäft an der gleichen Sitzung abschliessend zu behandeln." Wir behandeln somit in einem ersten Schritt den Antrag auf Dringlichkeit. Ich eröffne die Diskussion zu diesem **Ordnungsantrag**.

Diskussion - **nicht benützt.**

Abstimmung: Die Dringlichkeit der Interpellation wird mit grosser Mehrheit beschlossen. Ich stelle die heutige Tagesordnung zur Diskussion. Nach der Dringlichkeitserklärung der Interpellation schlage ich vor, dieses Geschäft vor Traktandum 3 auf die Tagesordnung zu setzen. **Stillschweigend genehmigt.**

1. Amtsgelübde von Kantonsrätin Christina Pagnoncini (16/WA 41/195)

Präsidentin: Mit der heutigen Sitzung tritt Kantonsrätin Christina Pagnoncini aus Alters willen die Nachfolge des zurückgetretenen Ratskollegen Klemenz Somm aus Kreuzlingen an.

Das Büro hat die Frage der Unvereinbarkeit gemäss § 29 Abs. 2 der Kantonsverfassung und gemäss den diesbezüglichen Richtlinien des Büros geprüft und keine Gründe für eine Unvereinbarkeit gefunden.

Ich bitte Kantonsrätin Christina Pagnoncini, vor den Ratstisch des Büros zu treten. Alle Anwesenden im Saal und auf der Tribüne wollen sich von den Sitzen erheben.

Ratssekretär Brühwiler verliest das Amtsgelübde.

Kantonsrätin **Christina Pagnoncini** legt das Amtsgelübde ab.

Präsidentin: Ich heisse Sie im Grossen Rat herzlich willkommen und wünsche Ihnen viel Freude und Befriedigung im Amt.

2. Verordnung betreffend die Änderung der Verordnung des Grossen Rates über die Besoldung des Staatspersonals (Besoldungsverordnung) (16/VO 1/147)

Redaktionslesung (Fassung der Gesetzgebungs- und Redaktionskommission siehe Anhang zum Protokoll)

Diskussion - **nicht benützt.**

Schlussabstimmung (Schlussfassung siehe Anhang zum Protokoll)

Der Verordnung betreffend die Änderung der Verordnung des Grossen Rates über die Besoldung des Staatspersonals (Besoldungsverordnung) wird mit 119:0 Stimmen zugestimmt.

Dringliche Interpellation von Josef Gemperle, Daniel Vetterli, Roland A. Huber, Kurt Egger, Sabina Peter Köstli, Cornelia Hasler, Barbara Müller, Matthias Rutishauser, Iwan Wüst, Urs Schär vom 28. März 2018 "Vertragsbruch des Bundes beim Agroscope Standort Tänikon" (16/IN 29/211)

Beantwortung

Präsidentin: Gemäss § 50 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung kann eine Interpellation, für die dringliche Behandlung beschlossen worden ist, mündlich beantwortet werden. Regierungsrat Walter Schönholzer hat das Wort zur Beantwortung der Dringlichen Interpellation.

Regierungsrat **Schönholzer:** Ich bedanke mich ganz herzlich für dieses deutliche Zeichen. Es ist nicht alltäglich, dass eine Dringliche Interpellation in diesem Parlament behandelt werden muss, aber diese einstimmige Dringlichkeit ist ein starkes Zeichen für diese Debatte. Es stärkt dem Regierungsrat den Rücken und es ist ein Zeichen, dass die Ostschweiz zusammenstehen will und muss und gegen diese Pseudosparübung antreten möchte. Im Thurgau gibt es rund 2000 Bauernbetriebe mit rund 8000 Beschäftigten. Diese erwirtschaften 14% der gesamtschweizerischen Bruttowertschöpfung, dazu kommen noch rund 20'000 Arbeitsplätze in der verarbeitenden Industrie – dies zeigt die enorme Bedeutung für unseren Kanton – die Kantone der Ostschweiz sind zusammen für die Produktion von einem Viertel bis einem Drittel der landwirtschaftlichen Produkte verantwortlich. Landwirte sind Unternehmer; Bildung, Forschung und Innovation bilden die Basis für erfolgreiche Unternehmer. Auch die Landwirtschaft ist enorm gefordert, deshalb hat die Agroscope den Auftrag für angewandte Forschung vom Bundesamt für Landwirtschaft (BLW). Was braucht es um den Auftrag für angewandte Forschung zu betreiben? Genau deshalb hat sich der Kanton Thurgau so vehement für eine Lösung in Tänikon eingesetzt. Mustergültig haben wir den Sparauftrag, innovatives Denken und private Investitionen umgesetzt. Am 11. August 2017 (vor sieben Monaten) wurde die Grundsatzvereinbarung zwischen dem Kanton Thurgau und der Schweizerischen Eidgenossenschaft betreffend die Zusammenarbeit auf dem Versuchsbetrieb von Agroscope in Tänikon unterzeichnet: "Innerhalb von Agroscope soll der Spezialstandort Tänikon eine führende Rolle im strategischen Forschungsbereich, Wettbewerbsfähigkeit und Systembewertung, insbesondere beim Forschungsthema Smart Farming einnehmen und durch eine hohe Relevanz der Forschungsthemen sowie exzellente Forschung national wie international eine grosse Ausstrahlung und Anerkennung erreichen. Agroscope wird an keinem anderen Standort parallele Versuchsinfrastruktur zur heutigen Forschungs- und Versuchsinfrastruktur in Tänikon aufbauen". Der Regierungsrat hat am Freitag, 9. März 2018 erstmals von der geplanten Verlagerung der "Büroarbeitsplätze" via Medienmitteilung und Telefonkonferenz mit Bundesrat Johann Schneider-Ammann (während

dem Parlamentarierskirennen) gehört. Nur eine Woche später habe ich mich mit Bundesrat Johann Schneider-Ammann getroffen. Doch bis heute fehlen eine Begründung, eine Strategie und ein Konzept, welche zu diesem Vorentscheid geführt haben. Immerhin will man sich mit den betroffenen Kantonsregierungen in Arbeitsgruppen treffen. Das geht nicht, das ist ein krasser Verstoss gegen Treu und Glauben und wird so von der Thurgauer Regierung nicht hingenommen. Ich danke im Namen des Regierungsrates für diese Dringliche Interpellation. Die Debatte stärkt uns und setzt klare Signale, dass der Thurgau und die ganze Ostschweiz gegen diese Pseudosparübung antreten werden. Ich erlaube mir, Antworten zu den Frageblöcken und nicht zu jeder einzelnen Frage zu geben.

1. Information und Verfahren

Zurzeit wird in Posieux noch nicht gebaut und es ist auch keine Baubewilligung vorhanden. Ein Vertragsbruch entstünde erst, wenn vor Ablauf der Erstvertragsdauer von 9 Jahren Arbeitsplätze reduziert würden. Ein früherer Ausstieg wäre ganz klar ein Vertragsbruch. Es braucht ein massives Lobbying in Bern. Dafür arbeiten wir, wie schon früher, intensiv und gut mit unseren National- und Ständeräten zusammen. Dies werden wir auch über die Kantonsgrenze hinaus tun, es geht hier in Tänikon, sowie in Wädenswil und Reckenholz im Kanton Zürich, um die einzigen Deutschschweizer Agroscope-Standorte. Es ist ein Thema in der Finanzdirektoren-Konferenz Ost (VDK-Ost), der Konferenz der Landwirtschaftsämtler der Schweiz (LDK), der Metropolitankonferenz Zürich und der nationalen Arbeitsgruppe zur Reorganisation von AGRIDEA (Beratungsdienst von Bund und Kantonen zum Wissenstransfer). Wir werden um die Unterstützung der Bildungspartner sowie der Ostschweizer Gewerbe-, Handels- und Industrievereine sowie der landwirtschaftlichen Verbände ersuchen. Jetzt muss die Ostschweiz zeigen, dass auch sie zusammenstehen kann.

2. Folgen für den Kanton Thurgau

Moderne, zukunftssträchtige angewandte Forschung findet zweckmässigerweise dezentral statt. Angewandte Forschung ist nur dann nützlich, wenn der dazugehörige Wissenstransfer mit der Beratung und der Praxis vernetzt erfolgt und ein gegenseitiger Austausch unkompliziert möglich ist. Die Vereinbarung zur Zusammenarbeit zwischen Agroscope Tänikon und dem Bildungs- und Beratungszentrum (BBZ) Arenenberg schafft exakt die nötige Voraussetzung für eine nützliche angewandte landwirtschaftliche Forschung in der Ostschweiz; das hat es in der Vergangenheit im Thurgau beziehungsweise in der Ostschweiz nur für den Obstbau in Güttingen gegeben, für die ganze übrige Landwirtschaft noch nie. Es muss deshalb das Ziel sein, dies jetzt fortzuführen und weitere landwirtschaftliche Beratungs- und Bildungszentren der Ostschweiz zu involvieren. Landwirtschaftlich gesehen ist ein Abzug von Forschungskräften, welche in der Grundlagenforschung und nicht in der angewandten Forschung tätig sind, vordergründig weniger

gewichtig, aber für die Vitalität der angewandten Forschung ist eine direkte Beziehung und Nähe zur Grundlagenforschung zentral. Fehlt der Bezug zur Grundlagenforschung stirbt auch die angewandte Forschung. Deshalb unsere Forderung: Auch in Tänikon braucht es Grundlagenforschungsarbeitsplätze. Die Argumentation des Bundesrates für den Kahlschlag und den Rückzug aus den Regionen ist von den Betriebskosten für die Infrastruktur getrieben. Eine Argumentation, welche wir notabene bis heute nur aus den Medien kennen. Die Voraussetzungen für die angewandte Forschung sind in Tänikon mit den vorhandenen Gebäuden und den Tierbeständen sehr gut, die Grundstruktur mit Milchviehhaltung, Schweinehaltung und dem Ackerbau ist ideal. Es geht aber auch in Zukunft nicht ohne bauliche Anpassungen. Auch dazu hat sich der Bund gemäss Vereinbarung verpflichtet.

Fazit zum Fragenblock 1 und 2

Es lohnt sich für die Landwirtschaft in der Ostschweiz, für die angewandte und die zugehörige Grundlagenforschung zu kämpfen, weil für die Themen, die in Tänikon erforscht werden, die Zusammenarbeit mit Beratung, Bildung und Praxis jetzt so aufgestellt ist, dass eine maximale Wirkung erzielt wird. Die vorhandene Infrastruktur in Tänikon lässt dies optimal zu. Die gleiche Argumentation gilt für den Schul- und Versuchsobstbaubetrieb in Güttingen, welcher zusammen mit der Forschungskompetenz von Agroscope Wädenswil eine maximale Wirkung für die Landwirtschaft entfaltet.

3. Wissensverlust und 4. Arbeitsverhältnisse

Der Regierungsrat glaubt wie die Interpellanten, dass viele Mitarbeitende nicht nach Posieux übersiedeln werden. Sie werden so rasch wie möglich andere Arbeitgeber suchen. Das ist für die landwirtschaftliche Forschung in der Ostschweiz fatal. Deshalb sage ich diesen Mitarbeitenden: "Wir kämpfen für Ihre Arbeitsplätze, haben Sie Geduld und bitte keine Kurzschlusshandlungen."

5. Swiss Future Farm (SFF)

Die Swiss Future Farm (SFF) befindet sich in ihrem ersten Betriebsjahr. Alle Partner haben von der Idee über die Gründung bis zum heutigen Betrieb eine sehr grosse Flexibilität bewiesen. Die Kooperation des BBZ Arenenberg mit den privatwirtschaftlichen Partnern in der Swiss Future Farm ist ein mustergültiger Schritt in die Richtung angewandte Forschung. Die Zusammenarbeit mit GVS, der Gasversorgung Süddeutschland, und AGCO, der Allis-Gleaner Corporation, bringt Kompetenzen ins System, die bei Bund und Kanton nicht mehr vorhanden sind. Agroscope ist nicht Partner der SFF, und die SFF selber macht keine Forschungsprojekte. Anders gesagt: Das BBZ Arenenberg betreibt mit Hilfe der SFF-Partnern den Versuchsbetrieb und erfüllt so den Auftrag, wie er vom Landwirtschaftsamt mit Agroscope vereinbart wurde. Würde dieser Auftrag von Seiten des Bundes geändert und würden so die willkommenen Synergien gekappt, würde sich

das BBZ Arenenberg mit der SFF neu aufstellen. Zieht Agroscope Mitarbeiter, welche die Themen Smart Farming, Farm Management und Agrartechnik erforschen, vom Standort Tänikon ab, so würde die SFF andere wissenschaftliche Partner suchen. Der Kanton Thurgau ist ein verlässlicher Vertragspartner. Das SFF-Projekt müsste somit nicht sistiert werden.

6. Regionale Verankerung

Das ist eine strategische Diskussion um das landwirtschaftliche Wissenssystem. Dabei stand immer schon die Frage im Vordergrund, weshalb Agroscope dem BLW und nicht direkt dem Bund, wie die ETH, unterstellt ist. Es geht also um die Frage, ob die Grundlagenforschung oder die angewandte Forschung für die organisatorische Zuordnung massgebend ist. Im Grundsatz gilt: Bundesforschung = Grundlagenforschung, Forschung der Fachhochschulen (Kantone) = angewandte Forschung. Betrachtet man das AgroVet-Zentrum am zürcherischen Strickhof mit der ETH als Partner als Grundlagenforschungszentrum in der Ostschweiz, so ist das Zentrum Posieux die logische Folge für die Grundlagenforschung in der Westschweiz. In den letzten Jahren hat sich die Arbeit von Agroscope von der angewandten Forschung zu viel mehr „Politikfolgeabschätzungsforschung“, das heisst Aufträge des BLW, gewandelt. Da liegt es auf der Hand, dass die Nähe von Posieux zu Bern für die vielen Bundesbeamten vorteilhaft ist. Dies hat aber leider auch dem Ansehen von Agroscope bei der Landwirtschaft geschadet und nützt der angewandten Forschung, dem eigentlichen Auftrag, nichts. Wenn wir jedoch eine moderne, zukunftssträchtige angewandte Forschung als Ziel von Agroscope definieren, und darum geht es hier, kann diese zweckmässigerweise nur dezentral stattfinden. Angewandte Forschung ist nur dann nützlich, wenn der dazugehörige Wissenstransfer mit der Beratung und der Praxis vernetzt erfolgt und ein gegenseitiger Austausch unkompliziert möglich ist. Damit sind wir auch bei einer Diskussion rund um die Aufgaben von AGRIDEA, welche schon seit Jahren andauert. Verbesserungs- und echtes Sparpotential gibt es also. Dafür braucht es aber eine Strategie und keinen Kahlschlag unter dem Deckmantel "Sparen".

Fazit zum Fragenblock 3 bis 6

Eine mögliche Strategie für eine langfristig sichere angewandte Forschung in der Ostschweiz wäre beispielsweise eine starke Partnerschaft mit der Hochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaft (HAFL) in Zollikofen und/oder Fachhochschulen wie die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW). Zu bedauern ist in diesem Kontext einmal mehr die gescheiterte Initiative zur Bildung des Agro Food Innovation Parks in Frauenfeld. Es ist notwendig, mit dem Bund zu klären, welchen Umfang die angewandte Forschung bei Agroscope mittelfristig überhaupt noch hat, und was damit wo in der Schweiz bewirkt werden soll. Daraus würde ersichtlich werden, auf welchen Grundlagen die Standortstrategie gründet, sofern es denn überhaupt eine solche gibt

und es sich hier nicht nur um ein politisches Kalkül handelt.

7. Verschwendung von öffentlichen Geldern

Ich danke den Interpellanten für die sehr fundierte Zusammenfassung der Situation. Sie bringt die Sache auf den Punkt und hat die uneingeschränkte Unterstützung des Regierungsrates. Wir geben keine Ruhe, bis die „dubiosen Verträge“ mit dem Kanton Freiburg offengelegt sind und die Eidgenössische Finanzkontrolle Licht ins Dunkel bringt. Über 110 Millionen Franken Kantonsmittel für 140 Arbeitsplätze, ein 25-jähriger Mietvertrag, jahrelange Planung, keine Baubewilligung usw., sind wohl Grund genug, genau hinzuschauen. Wie und zu welchen Kosten 500 weitere Arbeitsplätze nach Posieux verschoben werden sollen, und wie man beim Bund gleichzeitig auch noch von Sparen reden kann, ist dem Regierungsrat schleierhaft. Das Baubewilligungsverfahren ist zu sistieren bis diesbezüglich in den Eidgenössischen Räten Klarheit und Transparenz herrscht.

8. Strategie des Regierungsrates

Auf diese Frage habe ich bereits in Fragenblock 1 geantwortet.

Ich bedanke mich nochmals ausdrücklich für den Vorstoss. Er ist wirklich nötig, denn wir lassen uns dies nicht bieten.

Präsidentin: Die Interpellanten haben das Wort zu einer kurzen Erklärung, ob sie mit der Antwort zufrieden sind.

Gemperle, CVP/EVP: Ich bedanke mich namens der Interpellanten für die Zustimmung der Dringlichkeit. Ich bedanke mich auch beim zuständigen Regierungsrat Walter Schönholzer für die ausführliche, fundierte Beantwortung der aufgeworfenen Fragen, die ganz klaren Stellungnahmen und ebenso für die gute Zusammenarbeit und den gegenseitigen Austausch in den letzten arbeitsintensiven Tagen. Im Namen der Interpellanten **beantrage** ich Diskussion. Es ist ein Zufall, vielleicht eine Panne, dass die Pläne des Bundesrates zur Zentralisierung der Agrarforschung am Standort Posieux bekannt geworden sind. Die Auswirkungen dieses Entscheides sind für den Kanton Thurgau gravierend. BLW Agroscope, also der Bund, hat vor wenigen Monaten diese Vereinbarung unterschrieben. Dabei wurde zugesichert, 100 Arbeitsplätze am Standort zu behalten. Ebenso wurden vertraglich Investitionen von 10 Millionen Franken zugesichert. Der Vertrag ist Makulatur, die Arbeitsplätze sind in höchster Gefahr, der Standort könnte bereits sehr bald geschlossen werden. Das sind schwerwiegende und folgenschwere Vorgänge, denn bisher galt der Bund als zuverlässiger und absolut vertrauenswürdiger Vertragspartner. Wir müssen hier ein klares Signal nach Bern senden, dass wir Ostschweizer nicht alles schlucken.

Abstimmung: Diskussion wird mit grosser Mehrheit beschlossen.

Diskussion

Gemperle, CVP/EVP: Ich bedanke mich herzlich für die Zustimmung. Wir senden damit ein Zeichen der Einigkeit nach Bern. Der Thurgau ist nach wie vor einer der führenden Landwirtschaftskantone. Dies wurde bereits von Regierungsrat Walter Schönholzer erwähnt. Ergänzend zu unserer Interpellation, die darum so umfangreich war, weil es bei einer dringlichen Behandlung seitens des Regierungsrates keine schriftliche Beantwortung gibt, möchte ich hier nochmals zwei Feststellungen platzieren: 1. Besonders eindrücklich sind die Zahlen, wenn man die ganze Ostschweiz miteinbezieht und das ist hier zwingend nötig. Tänikon ist der Ostschweizer Standort der Agroscope. Wir produzieren 20% bis 30% der gesamtschweizerischen Produktion. 2. Es geht auch um die Ernährungswirtschaft und um die grossen nationalen Firmen, die in der Ostschweiz in den letzten Jahren grosse Summen investiert haben. Es geht zudem um diese Arbeitsplätze und um die Wertschätzung gegenüber diesen Firmen. Wo, wenn nicht da, können wir selbstbewusst auf unser Wissen, auf unsere überdurchschnittlichen Leistungen und auf den Markterfolg hinweisen? Wo, wenn nicht da, müssen wir alle zusammenstehen und diesen unmöglichen Entscheid, beziehungsweise Vorentscheid, zu unseren Gunsten korrigieren? Man muss keineswegs Fan von Agroscope sein, um diesen Kampf um die Arbeitsplätze und die Investitionen mitzutragen, im Gegenteil. Es gibt natürlich Schwächen und kritische Punkte am Standort Tänikon. Die ganz starken Jahre waren die Jahre nach der Gründung mit der anwenderfreundlichen Forschung nahe an der Praxis, mit vielen innovativen Ideen der FAT-Forschenden und Mitarbeitenden. Die regelmässig erscheinenden FAT-Berichte wurden in Zeiten des grossen Umbruchs und der Mechanisierung von der Praxis sehnlichst erwartet. Doch plötzlich wurde die Forschung, weit weg von der praktizierenden Landwirtschaft, kaum mehr wahrgenommen und wenn, dann eher auf der theoretischen Seite. Die Forschung von Agroscope muss zurück zu den praktizierenden Landwirten und zur Ernährungswirtschaft, zur digitalen Herausforderung und zu den grossen Herausforderungen im Umweltbereich. Wir Bauern brauchen Agroscope möglichst nahe an der landwirtschaftlichen Praxis und der Ernährungswirtschaft. Das habe ich bereits vor Jahren gefordert und es wurden Schritte in diese Richtung eingeleitet. Wir haben das von der Swiss Future Farm gehört, ein Projekt, das auch den Mitarbeitern Hoffnung gibt. Die Digitalisierung der Wirtschaft ist zurzeit ein grosses Thema, die Landwirtschaft steckt bereits mitten in diesem Prozess. Dieser muss aber auch durch die Forschenden noch unterstützt werden. Und nun, nur wenige Monate nach der vertraglichen Unterzeichnung der Vereinbarung mit dem Bund, folgt diese Hiobsbotschaft auf dem Newsticker der Bundesverwaltung: Zentralisierung der Forschung am Standort Posieux, 20% Kosteneinsparung, 600 betroffene Stellen. In einer ersten Reaktion auf unsere Anfrage per Mail gab sich der Regierungsrat noch zuversichtlich, dass das mit dem Bund ausgehandelte und erst kürzlich unterzeichnete Vertragswerk den kommunizierten Restrukturierungsplänen standhalte. Dass nämlich der Bund seine Zusicherung,

10 Millionen Franken in den Standort Tänikon zu investieren und gleichzeitig rund 100 Arbeitsplätze zu halten, garantiert. Bereits am selben Tag musste der Regierungsrat zur Kenntnis nehmen, dass der BLW-Sprecher in der Fachzeitschrift "Schweizer Bauer" erklärte, der Vertrag habe eine Ausstiegsklausel. Die neue Direktorin, Eva Reinhard, hat sogar in der "Bauernzeitung", gesagt, dass sie diese Schritte mittrage und dass dies für die Umsetzung kein Problem sei. Diese Aussage hat uns nicht erstaunt. Eva Reinhard hat diesen Kahlschlag vermutlich selber geplant. An dieser unglaublichen Geschichte beschäftigen mich folgende Punkte: Es sind die chaotischen Entscheidungen aus dem Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung und dem Bundesamt für Landwirtschaft. Es ist der wenig vorbildliche Umgang mit dem Personal. Es ist der faktische Totalverlust an Wissen, der mit der Zentralisierung in Posieux geradezu mutwillig verursacht, beziehungsweise in Kauf genommen wird. Es ist der Vertragsbruch. Es ist der Versuch, mit der internen Besetzung von Eva Reinhard als Leiterin Agroscope alle Macht ausgerechnet dort zu fokussieren, wo die falschen Richtungsentscheide der letzten Jahre hergekommen sind. Es ist der Umstand, dass man mit der SFF eine Zweckgemeinschaft aus öffentlichen und privaten Partnern nur wenige Monate nach einem vielversprechenden Start bereits wieder gefährdet, obwohl mit dem weltweit drittgrössten Traktoren- und Landmaschinen-Hersteller eine international führende Firmengruppe mit von der Partie ist. Tatsache ist, dass der Milchvieh-, der Emissions- und der Schweineversuchsstall in Tänikon auf dem aktuellen Stand sind und für neue Fragestellungen flexibel angepasst werden können. Trotzdem sollen nun wider jede Vernunft die Forschungsstellen nach Posieux verlagert werden. Dort ist aber ein Stallneubau nötig. Zudem ist es eine Tatsache, dass an verschiedenen Standorten von Agroscope in den letzten zehn Jahren namhafte Investitionen, unter anderem in Reckenholz für 24 Millionen, in Changins für 65 Millionen, in Cadenazzo für 9 Millionen und in Wädenswil für 4 Millionen Franken Bauten getätigt wurden, die nun durch die geplante Zentralisierung in Posieux in Frage gestellt werden. Schliesslich ärgert es mich sehr, dass man ausgerechnet den Musterknaben der Nation, der geradezu vorbildlich seine Hausaufgaben macht, mit einer Schliessung derart abstrafen will. Diese Liste könnte man verlängern. Ich verzichte darauf, aber ich fordere in aller Deutlichkeit, dass der Bund zu seinen eingegangenen Verpflichtungen am Standort Tänikon steht und wieder Verantwortung übernimmt. Die Ostschweiz muss jetzt wirklich zusammenstehen. Ich fordere den Verzicht auf die Budget-Reduktion von 20% bis die künftigen Aufgaben von Agroscope definiert sind und, darauf basierend, eine ausgewogene Aufgabenverteilung auf die Standorte vorgenommen wird. Diese Lösung ist auch im Gesetz oder sogar in der Verfassung des Bundes geregelt, wonach die landwirtschaftlichen Forschungsanstalten auf die Regionen verteilt sein müssen. Ohne Strategie sollen keine Schnellschüsse erfolgen. Es fehlt aber die Strategie. Meine Strategie: dezentral, nahe bei den Kunden, untereinander vernetzt. Das ist mit der Digitalisierung im heutigen Zeitalter problemlos möglich. Im freundschaftlichen Wettstreit der Standorte können die besten Ideen und die praxisfähigsten Innovationen entstehen. Auch dafür ist

es ohne Weiteres möglich, sich zu vernetzen. Ich unterstütze den gemeinsamen Kampf mit dem Kanton Zürich. Wir müssen aber auch im Hinterkopf haben, was die Zürcher in den letzten Tagen gesagt haben: Eine Zentralisierung könnten sie unterstützen, aber dann bitte im Kanton Zürich. Wir müssen hier gemeinsam kämpfen. Ich danke Ihnen herzlich, wenn Sie dies unterstützen.

Egger, GP: Es ist im wörtlichen Sinne unglaublich, was der Bund vorhat. Ich stehe seit 30 Jahren in engem Kontakt mit der FAT Tänikon, der heutigen Agroscope. In den 80er Jahren war ich bei der FAT angestellt. Später pflegte ich mit meiner Firma eine enge Zusammenarbeit mit der FAT. Seit 30 Jahren habe ich mehrmals wöchentlich in der Kantine der FAT zu Mittag gegessen. Deshalb möchte ich die Situation der Mitarbeiter beleuchten. Was der Bund mit den Forschungsanstalten macht, ist absolut konzept- und strategielos. In den letzten 15 Jahren erfolgte eine Umstrukturierung nach der andern. Zu Beginn meiner Anstellung waren sechs Forschungsanstalten an sechs Standorten platziert. Fünf Jahre später hat man je zwei Anstalten zusammengelegt. Es gab also drei Forschungsanstalten an sechs Standorten. Als nächsten Schritt gab es nur noch eine Anstalt an sechs Standorten. Und nun sollen alle sechs Standorte an einem einzigen, nämlich in Posieux zusammengefasst werden. Im Weiteren wurde vor zwei Jahren allen Kadermitarbeitern gekündigt. Alle mussten sich neu bewerben. Allerdings standen nur noch die Hälfte der Stellen zur Verfügung. Viele qualifizierte Leute haben sich eine neue Stelle gesucht. Die Besten haben eine neue Stelle gefunden. In den letzten 15 Jahren wurden jährlich Stellen gestrichen und das Budget gekürzt. Die Leute, die dort arbeiteten, wussten nie, wohin die Reise geht. Ich habe die Gemütslage der Mitarbeiter sehr direkt miterlebt. Es ist eine dauernde Unsicherheit, ob man die Stelle im folgenden Jahr noch hat. Die meisten offiziellen Anlässe waren Verabschiedungen. Da ist es nachvollziehbar, dass dies für die Mitarbeiter ein psychischer Stress und der Arbeitsmoral nicht förderlich ist. Dass in einem Staatsbetrieb in dieser Weise mit den Mitarbeitern umgegangen wird, ist für mich inakzeptabel. Das ist eine Frechheit und ein Affront gegenüber den engagierten Mitarbeitern. Nun folgt also die gänzliche Streichung des Standortes Tänikon. Es gibt viele Argumente wie Vertragsbruch und miserable Informationspolitik. Es überzeugt nicht alles, und schon gar nicht die betriebswirtschaftlichen Argumente. Der Bund will vor allem bei den Mietzinsen sparen. Da frage ich mich tatsächlich, was der Bund mit einem leeren Standort Tänikon machen will. Vermutlich ist Tänikon ohne Nutzung der Gebäude teurer als der Betrieb oder die Gebäude als Forschungsanstalt. Ich rufe deshalb dazu auf, dass wir Gegensteuer geben. Ich bin davon überzeugt, dass wir mit gemeinsamen Anstrengungen des Regierungsrates, der Bundesparlamentarier, des Kantonsrates und weiteren Aktionen den Standort Tänikon retten können.

Vetterli, SVP: Es ist erbärmlich, was wir hier tun müssen. Nach einem dauernden Bekenntnis des Bundesrates zu der "Schweiz der Regionen", die hoch gehalten wird, folgt

dieser Entscheid, gegen den wir uns nun zur Wehr setzen müssen. Es ist einfach erbärmlich, wie das Bekenntnis zu einer "Schweiz der Regionen" derart verletzt wird. Ich habe Argumente, weshalb wir einen Forschungsstandort in der Ostschweiz haben müssen. Die Forschung dient den Anliegen der Bauern in der Region. Es ist eine Farce, dass Anliegen aus der Ostschweiz in Changins thematisiert oder bearbeitet werden. Vor etwa acht Jahren wurde die Betreuung der Produzenten von Saatkartoffeln von Reckenholz nach Changins verlegt. Im Jahr darauf wurde die Überprüfung der Blattlauszählungen in der Ostschweiz eingestellt. Wenn ich wissen will, wie hoch der Infektionsdruck meiner Kartoffeln ist, muss ich auf Resultate von Changins, das in der Westschweiz liegt, zurückgreifen. Wir sind es nicht wert, dass jemand angestellt wird, um in seinem Feld die Blattläuse zu zählen und nach Changins zu melden. Eine Zusammenarbeit mit Deutschland und Österreich wird es nicht mehr geben, wenn alles in der Westschweiz angesiedelt ist. FAT und Weinsteffen pflegen eine intensive Zusammenarbeit. Das Projekt "Heumilch", um Milch aus silofreier Produktion besser vermarkten und Produkte herzustellen zu können, stammt aus Österreich und wird am Arenenberg thematisiert. Die Grundlagen, wie die Produktion angeschoben werden kann, sind in enger Zusammenarbeit mit Weinsteffen. Im Bereich des Obstes besteht rund um den Bodensee eine intensive Zusammenarbeit mit den benachbarten Produzenten. Dies funktioniert jetzt und wird nachher auf Eis gelegt. Unsere Kinder, die hoffentlich eine gute Ausbildung geniessen, werden sich irgendwann in der Westschweiz um einen Arbeitsplatz bewerben müssen. Wir brauchen auch hier in der Ostschweiz hochwertige Arbeitsplätze, und es geht hier um Hunderte von hochwertigen Arbeitsplätzen. Die vorliegende Interpellation ist ein Mosaikstein. Wenn wir etwas erreichen wollen, brauchen wir den Schulterschluss aller Ostschweizer Kantone zu dieser Thematik und Lobbying auf allen Ebenen. Ich möchte Regierungsrat Walter Schönholzer sehr für seine positive Stellungnahme und die Bereitschaft danken, sich hier wirklich einzusetzen, damit zusammen mit den nationalen Parlamentariern und mit uns etwas erreicht wird.

Wüst, EDU: Agroscope soll als Ganzes an einem Standort zusammengeführt werden. Den Standort Posieux kann man in nur 50 Minuten ab dem Bahnhof Bern oder in "nur" zwei Stunden und 50 Minuten mit der Bahn ab Aadorf erreichen. Auf dieser Strecke wird niemand für längere Zeit pendeln. Die aktuelle Reorganisation in Tänikon, welche von den Personalkosten getrieben wurde, ist bald abgeschlossen. Die Forschungsteams wurden auf eine kritische Grösse geschrumpft. Ganze Bereiche, wie zum Beispiel die Motorenprüfung, wurden ersatzlos gestrichen. Hier stellen sich folgende Fragen: Wer macht in Zukunft eine neutrale Motorenprüfung? Die Bauforschung wurde ersatzlos gestrichen. Wer macht in Zukunft diese neutrale Arbeit? Die agrartechnische Gruppe ist heute nur noch eine kleine Gruppe für digitalisierte Technik und nicht mehr standortgebunden. Die neue Sparrunde, wonach nicht mehr investiert werden soll, wurde vom Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) ins Leben gerufen. Vermutlich sehen die Be-

triebswirtschafter in den Ländereien und Gebäuden das grosse Geld, wenn das eine oder andere veräussert werden soll. Nach Ansicht der EDU-Fraktion wird hier frei von Wissen entschieden. Die angewandte Forschung, wie sie in Tänikon betrieben wird, ist das Bindeglied zwischen dem Labor der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) und dem Bauer. Sie umfasst die Bereiche Feld, Stall, Halbtechnik in der Prüfhalle und Messtechnik. Bei den Wiederkäuern werden die Haltungstechnik, die Emissionen und die Ethnologie geforscht. Dies wird beispielsweise nur in Tänikon erforscht. Aus unserer Sicht sollten die bestehenden Standorte möglichst beibehalten werden. Es ist aber auf Doppelspurigkeiten zu verzichten. Die zentralen Fragen sind: Welche Themen sind standortgebunden und können nur mit grossem Aufwand verlagert werden? Wieviel Knowhow-Verlust verträgt jeder Standort heute? Eine neue Forschungsgruppe aufzubauen benötigt eine Zeit von mindestens zehn Jahren und ist mit grossen Kosten verbunden. Wo wird da gespart? Die EDU-Fraktion ist davon überzeugt, dass es Personen gibt, die den Bundesrat neutral beraten können, damit dieses Thema zu Gunsten von Agroscope und der Landwirtschaft ein gutes Ende nimmt.

Huber, BDP: Wir schreiben den 17. August 2016. Ein sichtlich freudig erregter Regierungsrat Walter Schönholzer erläutert an der Sitzung der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission den taufersch zustande gekommenen Vertrag zwischen Agroscope und dem Kanton Thurgau. Er zeigt auf, dass durch die vertraglich gesicherte Zusammenarbeit zwischen dem Kanton Thurgau und dem Eidgenössischen Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung der Forschungsstandort Ostschweiz erhalten bleibe oder genauer der Agroscope-Standort Tänikon. Tänikon werde auch in Zukunft eine national führende Rolle im anwendungsorientierten Forschungsbereich "Wettbewerbsfähigkeit und Systembewertung" einnehmen. Der Zugang der Ostschweizer Land- und Ernährungswirtschaft zum Nationalen Forschungsnetz bleibe somit erhalten. Ein grosser Teil der Arbeitsplätze sei gesichert. Bundesinvestitionen würden weiterhin dem Kanton Thurgau zufließen. 19 Monate später folgt die Hiobsbotschaft: Der Agroscope-Standort Tänikon soll geschlossen werden. War das ganze Engagement unserer Kantonsregierung umsonst? Die Teilhabe im Kompetenzbündel Thurgau Wissenschaft und die aus der Privatwirtschaft akquirierten finanziellen Zuschüsse eine geplatze Seifenblase? Ein Vertragswerk, welches dank Ausstiegsklausel für den Bund nicht bindend ist? Also ist unsere Landesregierung als unterzeichnende Vertragspartnerin nicht mehr vertrauenswürdig? Oder war vielleicht unser Regierungsrat etwas zu gutgläubig und vertrauensselig? Sie fragen sich vielleicht, weshalb ich als Musiker diese Dringliche Interpellation als Mitinterpellant unterzeichnet habe. Ich kenne das Rayon der Forschungsanstalt Tänikon aus einer Perspektive, die Sie vielleicht überraschen könnte: nämlich von unten. Genauer gesagt war ich vor rund 40 Jahren, als ich noch einen "rechten" Beruf ausübte, nämlich als Bauzeichner bei der Gesamtanierung der Kanalisation auf dem heutigen Forschungsareal involviert. Und seither interessiere ich mich für alle Vorgänge, die im Zusammen-

hang mit Tänikon stehen, auch für die oberirdischen. Dies ist aber nicht der wahre Beweggrund. Mir kommt die Galle hoch, wenn ich sehe, wie der Bund mit uns im Thurgau umspringt. Es kann doch nicht sein, dass ein Wirtschaftsminister einem Kanton etwas verspricht, sich dann durch die Hintertür aus dem Staube macht und einen Scherbenhaufen zurücklässt. Ich erlaube mir zu sagen: So nicht; nicht mit uns, Herr Bundesrat Johann Schneider-Ammann und Frau Eva Reinhard. Mit uns kann man reden. Das haben wir schon beim Frühfranzösisch deutlich veranschaulicht. Wir lassen nicht einfach die Berner Magistraten über unsere Köpfe hinweg entscheiden. Deshalb ist es von grosser Bedeutung, dass wir hier und heute dieses deutliche Zeichen setzen. Es ist eine Aufforderung an den Bundesrat, diesen Entscheid nochmals zu überdenken. Es ist zudem ein deutliches Zeichen dafür, dass wir unseren Regierungsrat und unsere Kantonsvertreter in Bern in ihrem Bemühen zur Standort-Erhaltung stützen. Ich bedanke mich bei Regierungsrat Schönholzer für die klärenden Worte als erste Antwort auf die Interpellation und ebenso für das bisherige und auch künftige Bemühen zur Standorterhaltung. Ich wünsche ihm viel Erfolg dabei. Zu unseren Bemühungen kann unter anderem gehören, dass wir anregen, den Finanzhaushalt der Agroscope etwas genauer zu durchleuchten und die erklärungsbedürftigen Leistungsverrechnungen zwischen den Bundesämtern, mit immerhin 51 Millionen Franken mehr als ein Viertel des ausgewiesenen Aufwandes, transparenter zu deklarieren. Zu unseren Bemühungen kann auch gehören, mit konstruktiven Vorschlägen in Bern aufzuzeigen, dass der Standort Tänikon mit entsprechender Restrukturierung und einer konkreten, auf die Ansprüche der Ostschweizer Landwirtschaft fokussierten Ausrichtung der angewandten Forschung gehalten werden kann. Oder das Akquirieren von Forschungsgeldern ohne Produktebindung, also nicht analog der Kooperation von Agroscope und Fenaco, bei der sich die Fenaco-Geschäftsleitung öffentlich dazu bekennt, dass sie sich dank der Forschungszusammenarbeit Produktivitäts- und Effizienzgewinne erhofft. Bemühungen zur Standort-Erhaltung: Wir wissen aus unseren Bemühungen in unserem eigenen Kanton, wie Druck, finanzbedingter Druck, aber auch politischer Druck, durchaus zu kreativen Problemlösungen führen kann.

Hasler, FDP: Agroscope Tänikon ist der einzige landwirtschaftliche Forschungsplatz im Thurgau mit rund 100 Mitarbeitern. Nach neuesten Informationen droht die schleichende Schliessung. Die FDP-Fraktion ist sich einig, wir werden uns für den Erhalt dieses Forschungsplatzes und für die vielen Arbeitsplätze einsetzen. Agroscope Tänikon ist ein wichtiger Ort der angewandten Forschung, und dies mit ausgewiesenen Fachkräften und viel Erfahrung. Hier wird Forschung praktisch erarbeitet, nahe zur Wirtschaft und zukunftsrichtend für die Landwirtschaft. Diese Art der angewandten Forschung und damit die Praxisnähe ist genau die Stossrichtung der FDP. Dieses Juwel soll definitiv erhalten bleiben. Die erst vor wenigen Monaten mit Regierungsrat Walter Schönholzer erarbeiteten neuen vertraglichen Vereinbarungen besagen, dass der Bund in den nächsten Jah-

ren über 10 Millionen Franken in Tänikon investieren wird und damit die rund 100 Arbeitsplätze garantieren kann. Nun wird von Seiten des Bundes plötzlich von einer Ausstiegsklausel gesprochen. Es kommt mir vor, als würde hier Bundesrat Johann Schneider-Ammann selbst Gesetzeslücken suchen. Gesetzeslücken, welche dem Bund in vielen anderen Situationen zum Verhängnis werden und die er sonst unbedingt vermeiden will. Die Schweiz übernimmt im Bereich Forschungsarbeit und Innovationen eine Vorreiterrolle. Zudem schreibt der Bund vor, dass die landwirtschaftlichen Forschungsanstalten auf verschiedene Landesgegenden verteilt werden müssen. Warum sollte hier die ganze Ostschweiz ausgelassen werden, wenn doch Knowhow, Infrastruktur und fachliche Arbeitskraft vorhanden sind? Mitarbeiter, mit langjährig erarbeitetem Fachwissen können nicht als Paket nach Posieux umgesiedelt werden. Das Wissen und die Nähe zur Wirtschaft geht der Schweiz definitiv verloren. Erfolgsgeschichten einer Zusammenarbeit von Wirtschaft und Staat, wie sie mit der Swiss Future Farm vorhanden sind, setzt Bundesrat Johann Schneider-Ammann aufs Spiel. Die FDP-Fraktion ist grundsätzlich nicht gegen Sparmassnahmen und wenn, dann bitte bei der Verwaltung, welche weitgehend zentral organisiert werden kann. Die "Berner Zeitung" berichtete am 17. Februar 2018, dass die Eidgenössische Finanzkontrolle im Interesse einer Optimierung und der wirtschaftlichen Verwendung der öffentlichen Gelder einen sofortigen Projektstopp in Posieux empfohlen habe. Und nun, wenige Wochen später, eine neue, durch den Bundesrat übermittelte Ausgangslage. Ich gehe davon aus, dass der Kanton Freiburg blitzschnell gehandelt hat und den Bundesrat mit der Investition der 70 Millionen Franken zurückgewinnen wollte. Dies ist ihnen, zu meinem Erstaunen, auch gelungen. Lässt sich der Bundesrat hier so einfach erpressen? Ganz nach dem Motto: Wir zahlen, also dürfen wir auch bauen und bestimmen? Die FDP-Fraktion erwartet hier seitens des Regierungsrates, dass er einen klaren und harten Kurs einschlägt, um die bestehenden Verträge zu retten. Die Agroscope wurde in den letzten Jahren mehrmals reorganisiert und nun dieser Kahlschlag. Das Vorgehen ist aus wirtschaftlicher und strategischer Sicht mehr als fragwürdig. Denn in Tänikon sind Dutzende langjährige Fachkräfte für angewandte Forschung, die notwendigen Infrastrukturen, die geeigneten Nutzflächen, Tiere und die klimatischen Bedingungen bereits vorhanden.

Peter Köstli, CVP/EVP: Unglaublich, ist das effizient? Während der vergangenen rund 20 Jahren erfolgten bei der landwirtschaftlichen Forschungsanstalt Tänikon, heute Agroscope Tänikon, sage und schreibe fünf Reorganisationen zur Effizienzsteigerung und Neuausrichtung. Mit mässigem Erfolg, wie es aufgrund der aktuellen Ankündigung eines nächsten Reorganisationsschrittes scheint. Die letzte Reorganisation vom April 2016 habe ich als ehemalige Agroscope-Mitarbeiterin hautnah miterlebt. Sie hat mir den Abschied von Agroscope sehr erleichtert. Ich weiss, wie viel Verunsicherung eine solche Hiobsbotschaft auslöst und wie die vielfach langjährigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Dauerreorganisationen leid sind. Ich habe erlebt, wie schwierig es ist, kaufmännische

Mitarbeiterinnen zu beruhigen, die über 50 Jahre alt sind, 15 bis 20 Jahre Bundeserfahrung haben und auf das Einkommen angewiesen sind. Wir alle wissen, wie angespannt die Situation auf dem Arbeitsmarkt für diese Altersgruppe ist. Was ist das für eine Zumutung, wenn Mitarbeiter während eines halben Jahres nicht wissen, ob sie noch einen Job haben oder nicht und wer ihre neue Vorgesetzte oder ihr neuer Vorgesetzter ist, da allen Geschäftsleitungsmitgliedern gekündigt wurde. Nachdem sich die Verunsicherung einigermaßen gelegt und die Stimmung etwas gebessert hat, folgt nun der nächste Paukenschlag. Auch dieses Mal sind die Mitarbeiter schlecht informiert. Einige der Geschäftsleitungsmitglieder nehmen aufgrund der aktuellen Ankündigung von sich aus Reissaus. Geht man so mit seinen Mitarbeitern um? Der erste Schritt des Phasenplans beinhaltet die Verlagerung der Stellen vom Standort Tänikon zum Teil nach Posieux, zum Teil nach Reckenholz. Diese erste Phase soll möglichst schnell erfolgen, um Mietkosten einzusparen. Die Zusammenarbeit in der vorherigen Organisationsform "ART", zwischen den Standorten Agroscope Reckenholz und Tänikon, hat sich aufgrund der räumlichen Distanz bereits schwierig gestaltet. Weiterhin einen Job vorausgesetzt sollen nun die Tänikonerinnen und Tänikoner ins Freiburgische ziehen? Wer will schon im 200 Kilometer entfernten Posieux arbeiten, wenn die Familie und das persönliche Umfeld hier und man in der Ostschweiz verwurzelt ist? Dies betrifft knapp drei Viertel der Mitarbeiter. Der Brain-Drain wird unermesslich sein, zumal frühere Zusammenlegungen zeigen, dass nur rund 10% der Angestellten mitumsiedeln. Ich habe auch miterlebt, wie langfädig, mühsam und aufwendig sich die Ausgestaltung der Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen dem Bund und dem Kanton Thurgau gestaltet hat. Wenige Monate nach der Unterzeichnung soll diese Errungenschaft nun Makulatur sein? Müssen wir das alles einfach fassungslos zur Kenntnis nehmen? Was soll das? Was ist aus dem einst verlässlichen Partner "Bund" geworden? Wie konnte es soweit kommen, dass sich Regierungsrat Walter Schönholzer in falscher Sicherheit wiegt, bis sich ihm plötzlich alle Nackenhaare sträuben? Fragen über Fragen und Verunsicherung hüben wie drüben. Im Gemeinderat Aadorf beschäftigt uns der drohende Verlust von hoch qualifizierten Arbeitsplätzen und von Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Was passiert mit der historischen Stätte Tänikon, mit den leerstehenden Gebäuden? Was bedeutet die Spezialzone Tänikon für die Ortsplanrevision Aadorf? Auch in Aadorf stellen sich Fragen über Fragen. Seitens der CVP/EVP-Fraktion wollen wir nicht blindwütig alles Bisherige verteidigen. Der aktuell eingeschlagene Weg des Kantons scheint uns richtig. Mit der Übernahme des Landwirtschaftsbetriebes in Tänikon und dessen Mitarbeiter entlastet der Kanton Thurgau Agroscope zur Sicherung der 100 Arbeitsplätze. Gleichzeitig ebnet er mit dem Projekt Swiss Future Farm der Landwirtschaft den Weg in die Digitalisierung. Dafür generiert der Kanton Mittel aus der Privatwirtschaft, wie dies Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann erwartet. Letztlich kommen die Mittel wieder der eidgenössischen Forschung zugute. Wir erwarten nun, dass sich der zuständige Regierungsrat Walter Schönholzer, wie er das bereits bekundet hat, in Zusammenarbeit mit den Ostschweizer

Kantonen und unseren eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentarier mit aller Kraft und Vehemenz bedingungslos für unseren führenden Agrarkanton und den Erhalt des Agroscope-Standortes Tänikon einsetzt und dies allenfalls mit den notwendigen finanziellen Mitteln, um dem Kanton Freiburg und der Westschweiz Paroli zu bieten.

Barbara Müller, SP: Ich musste Mitte März 2018 fassungslos zur Kenntnis nehmen, dass seitens des Bundes die Agroscope in Tänikon zusammen mit anderen Standorten wieder geschlossen werden soll. Einmal mehr müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass 100 Arbeitsplätze allein in Tänikon gefährdet sind, hochqualifizierte Arbeitsplätze, von denen es in der Ostschweiz, soweit ich orientiert bin, nicht all zu viele gibt. Für die Standortgemeinde Aadorf, wäre dies eine Katastrophe. Das hat Kantonsrätin Sabina Peter Köstli bereits erwähnt. Was geschieht mit der gesamten Infrastruktur in Tänikon? Wie könnte diese erhalten bleiben? Was passiert mit Mitarbeitern und deren Familien? Ist eine Relokalisation in Posieux möglich? Wie steht es mit der angewandten Forschung, die sehr geschätzt und sehr wertvoll über viele Jahre in Tänikon betrieben wurde? Ich bin gebürtige Ettenhauserin und habe viele Jahre vis-à-vis der Forschungsanstalt gelebt und sehr vieles mitbekommen, was da so abgeht. Da stellen sich Fragen über Fragen. Nun soll alles nur wenige Monate nach Unterzeichnung dieser Vereinbarung, wieder in Luft aufgelöst werden. Man hat Makulatur produziert, den Papierkorb wieder einmal gefüllt und lässt die Betroffenen jetzt einfach im Regen stehen. Meines Erachtens ist es eine unsägliche Zwängerei, indem man bereits wieder über Abbaupläne nachdenkt und damit bei vielen Mitarbeitern Panik auslöst. Ich kann Regierungsrat Walter Schönholzer für seine ganz präzise Antwort und für seine Ausführungen nur herzlich danken. Ich bin sicher, dass die Ostschweizer Kantone und deren Vertreter zusammenstehen werden, damit dieses Ansinnen nicht durchkommen kann.

Kappeler, GP: Das Anliegen, das Kantonsrat Josef Gemperle thematisiert, ist selbstverständlich sehr wichtig und dringlich. Allerdings liegt ein Vergleich mit der Interpellation der Poststellenschliessungen auf der Hand, denn beide Geschäfte liegen nicht in unserer Kompetenz, und so macht sich eine gewisse Hilflosigkeit breit, wenigstens bei mir. Ich habe einen Vorschlag: Der Grosse Rat des Kantons Thurgau schreibt Bundesrat Johann Schneider-Ammann einen freundlichen, aber sehr klaren Brief. Darin müssten folgende Punkte thematisiert werden: 1. Der vor zwei Jahren mit dem Kanton vereinbarte Vertrag, bei dem der Kanton zur Entlastung von Agroscope den Landwirtschaftsbetrieb übernommen hat. 2. Eine allfällige Schliessung würden wir als unglaublichen Affront empfinden, weil der Standort Tänikon 2017 vertraglich zugesichert wurde. 3. Die dezentrale, auf regionale Produktionsformen abgestimmte Agrarforschung ist sinnvoll, weil praxisnah. 4. Der Wissensverlust ist erheblich, weil nur ein Bruchteil der 100 Mitarbeiter von Tänikon nach Posieux wechseln würden. 5. Projekt Swiss Future Farm: Hier arbeiten Agroscope in Tänikon und der Kanton Thurgau mit Landtechnikfirmen zusammen. Die digi-

talisierende Landwirtschaft steht im Vordergrund, beispielsweise der computergesteuerte, exakt bedarfsgerechte Düngermiteinsatz oder der computergesteuerte und damit minimierte Pflanzenschutzmitteleinsatz. Der Wegzug aus Tänikon würde dieses einzigartige und für die Zukunft der Landwirtschaft sehr wichtige Projekt in dieser Form beenden. Die Idee, diesen Brief zu schreiben, ist mit Kantonsrat Josef Gemperle abgesprochen. Wenn ich heute keine Einwände dagegen vernehme, entwerfe ich gerne dieses Schreiben. Ich würde es den Fraktionspräsidenten wie auch verschiedenen Landwirtschaftsfachleuten zur Kritik mailen. An der nächsten Sitzung des Grossen Rates können die Mitglieder, wenn sie dies wollen, den Brief dann unterschreiben. Niemand muss ihn unterschreiben. Aber nur ein geschlossener Grosser Rat des Landwirtschaftskantons Thurgau wäre natürlich ein starkes Signal.

Schär, SVP: Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung unserer Fragen und den Ratsmitglieder, dass wir das Thema der landwirtschaftlichen Forschung in der Ostschweiz heute per Dringlichkeit diskutieren können. Zugegeben, gewisse Zweifel waren bei mir vorhanden, ob der Bund die landwirtschaftliche Forschung in Tänikon und allgemein in der Ostschweiz weiterführen wird, nachdem vor Jahren Sparpläne für die Forschungsanstalten bekannt wurden. Im August 2017, nach der Unterzeichnung des Zusammenarbeitsvertrages mit dem Kanton Thurgau, war ich dann aber doch frohen Mutes, dass es dem Bund ernst ist und er die Forschung regional in der Ostschweiz weiterführen will. Und nun das: Der Laie staunt und der Fachmann wundert sich über Projekte und Versuche, die abgebrochen oder nicht beendet werden, weil Mitarbeiter aus verständlichen Gründen nicht bereit sind, ihren Lebensmittelpunkt aus der Ostschweiz nach Posieux und Umgebung zu verlegen und sich deshalb neu orientieren. Er wundert sich über Verträge und Vereinbarungen, die abgebrochen und aufgelöst werden sollen, obwohl sie erst vor sieben Monaten unterzeichnet wurden. Eigentlich läuft die Entwicklung in die falsche Richtung. Die Landwirtschaft ist extrem gefordert. Es wird von uns verlangt, dass wir den Einsatz von Antibiotika und Pflanzenschutzmittel reduzieren, dass wir schorf- und feuerbrandresistente Obstsorten anbauen, und dass wir genügend Grundfutter in der Schweiz produzieren und weniger importieren. Wir nehmen diese Aufforderung an. Wir wollen den Einsatz von Antibiotika und von Pflanzenschutzmitteln reduzieren. Man soll uns aber dabei bitte helfen. Dazu brauchen wir eine praxisorientierte Forschung, die sich intensiv mit den erwähnten Punkten auseinandersetzt. Eine Forschung, die regional einen Bezug zur Basis, zur Produktion und zu den Hauptproduktionsgebieten hat und sich so den anstehenden Problemen annimmt. Dies sind nicht wenige. Wenn der Bundesrat im Juni entscheidet, werden wir einmal mehr feststellen müssen, dass im Bundesrat eine Stimme für die Ostschweiz fehlt. Umso wichtiger ist es, dass wir dem Bundesrat hier und heute zusammen mit dem Regierungsrat klar machen, dass die Schweiz nicht in Winterthur aufhört, sondern in St. Margarethen, Rorschach oder eben im Thurgau anfängt. Im Bundesgesetz über die Landwirtschaft vom 29. April 1998 wird

verlangt, dass die landwirtschaftlichen Forschungsanstalten auf verschiedene Landesgegenden verteilt werden müssen. Wir erwarten vom Bundesrat, dass er dieses Gesetz weiterhin umsetzt und die landwirtschaftliche Forschung in Tänikon und in der Ostschweiz auch in Zukunft weiterführen wird, und zwar nicht nur als Satellit. Ich erwarte seitens des Regierungsrates, dass er den Bundesrat mit Hartnäckigkeit und Durchhaltewillen an die Umsetzung des erwähnten Gesetzes erinnert und die Ostschweiz nicht von der landwirtschaftlichen Forschung abgehängt wird. Es ist mir bewusst, dass es eine "zähe Sache" gibt.

Stark, SVP: Meines Erachtens ist der Vertragsbruch zwischen Kanton und dem Bund das Hauptthema. Die Tätigkeit der Agroscope in Tänikon im jetzigen Zeitpunkt schon wieder zu hinterfragen, ist deshalb falsch. Das hätte bei der Unterzeichnung der Verträge vor ca. einem Jahr passieren sollen. Stossend ist vor allem das Verhalten des Bundesamtes unter Bundesrat Johann Schneider-Ammann, der die Landwirtschaft des Kantons Thurgau und den ganzen Thurgau einmal mehr vor den Kopf stösst. Es ist bekannt, dass die Verträge mit dem Bund betreffend Tänikon bis 2025 laufen. Deshalb muss diesem bösen Treiben mit der vorliegenden Interpellation sofort Einhalt geboten werden.

Rutishauser, SVP: Sparen ist möglich, aber es soll sicher keinen Kahlschlag geben. Die Botschaft aus Bern zur Schliessung von Forschungsstandorten, unter anderem auch Tänikon, hat grosses Entsetzen ausgelöst. Ich musste die Meldung zweimal lesen, weil ich es kaum glauben konnte. In der engräumigen Schweiz steht die Landwirtschaft unter grossem Druck. Tierschutz, Umweltschutz, Ökologie, billiger produzieren, um nur einige Stichworte zu nennen. Die Konsumenten und das gesamte Umfeld sind sehr kritisch gegenüber der landwirtschaftlichen Produktion eingestellt. Die Anforderungen an die Landwirtschaft sind sehr hoch. Auch die Kriterien an unsere Erzeugnisse sind sehr hoch, meines Erachtens sogar weltweit am höchsten. Darum benötigen wir in der Ostschweiz Forschungsstandorte, um diesen und zukünftigen Anforderungen gerecht zu werden. Eine zentralisierte Forschung ist nicht zielführend. Die Abbaupläne des Bundesrates müssen vehement bekämpft werden. Die Landwirtschaft ist sich leider gewohnt, dass der Bundesrat kürzlich Beschlossenes und Verträge bricht. Bundesrat Johann Schneider-Ammann fährt eine klare Linie: Er möchte die Schweizer Landwirtschaft herunterfahren. Wenn es keine produzierende Landwirtschaft mehr gibt, braucht es auch keine Forschung mehr. Da hat er recht. Diese Pläne sind jedoch komplett falsch. Deshalb müssen wir Bundesrat Johann Schneider-Ammann mit vereinten Kräften die "Knöpfe zudrehen". Ich danke dem Thurgauer Regierungsrat für die vehemente Intervention in Bern.

Guhl, GLP/BDP: Zu meiner Jugendzeit war Tänikon ein Zentrum für eine effiziente, moderne und zukunftsgerichtete Landwirtschaft. Mit der neuen Agrarpolitik in den 90er-Jahren wurden viele neue Ansprüche an die Forschung gestellt. Dies war nicht nur posi-

tiv. Aber Tänikon ist die einzige Forschungsstation, welche sich mit Maschinen und Bauwesen beschäftigt. Die Schweizer Landwirte investieren jährlich 1,4 Milliarden Franken in diese Bereiche. Genau in diesem Forschungsbereich wurde in den letzten Jahren abgebaut. Auch im Bereich der Arbeitswirtschaft, dem teuersten Produktionsfaktor, wurde abgebaut. Man kann ein Feuer auch damit löschen, indem man ihm die Nahrung entzieht. Sollen nun diese Bereiche nun zentralistisch am Schreibtisch erforscht oder eine neue Struktur aufgebaut werden? Hier muss die Antwort Nein lauten. Die Aufgaben und die Organisation der Agroscope dürfen hinterfragt und überprüft werden, denn Sparpotential ist vorhanden, aber nicht so. Die Schweizer Landwirtschaft wird sich in Richtung Ressourcen schonender, Pestizid minimierter und Tierwohl maximierter Produktion weiter entwickeln. Für diese Landwirtschaft braucht es die praktische Forschung von Tänikon. Ich danke dem Regierungsrat und den nationalen Parlamentariern für ihren Einsatz zugunsten des Standortes Tänikon.

Bühler, CVP/EVP: Ich komme nicht aus der Landwirtschaft, ich spreche als Ökonom. Wenn ich höre, dass in den letzten Jahren über 110 Millionen Franken in die verschiedenen Betriebe der Landwirtschaft geflossen sind, und wir jetzt merken, dass das eigentlich alles verschwendete Gelder sind, und wenn mit dem Kahlschlag fortgefahren wird, dann stehen mir meine Haare zu Berge. Da werden mit dem Vorschlaghammer Investitionen auseinander geschlagen, ohne dass man sieht, was in der Zukunft überhaupt entstehen soll. Es ist noch nichts geplant, aber man hofft, dass in Zukunft irgendwo, irgendetwas, irgendwie entsteht. Da wird ein Wort gebrochen und ein Vertrag zur Makulatur. Was ist das für ein Umgang? Ich kann nicht verstehen, dass ein Projekt, in welchem die Privatwirtschaft mit Swiss Future Farm mit dem Kanton und mit dem Bund etwas Nachhaltiges auf die Beine stellt, einfach zur Seite gewischt wird. Als Mitglied der CVP berührt es mich ganz besonders, wie mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Agroscope umgegangen wird. Man nimmt einen Aderlass in Kauf. Gerade diese Fachbereiche würde man in Zukunft aber brauchen, wenn es weiterhin hochwertige Arbeitsplätze in einem hochwertigen Bereich geben soll. Ich danke dem Regierungsrat ebenfalls herzlich, dass er hier vehement interveniert.

Wiesli, SVP: Als Mitarbeiter in der verarbeitenden Thurgauer Industrie, welche sehr viele landwirtschaftliche Produkte aus dem Thurgau abnimmt, sind wir darauf angewiesen, dass die Standorte für die angewandte Forschung im Thurgau erhalten bleiben. Die verarbeitende Industrie ist darauf angewiesen, dass auftretende Probleme analysiert und gelöst werden und zwar dort, wo wir das Klima kennen, hier an diesem Standort, damit unsere Rohstoffe aus der Landwirtschaft auch in Zukunft in guter Qualität erhalten bleiben. In diesem Kampf könnte für die Ostschweizer Regierungen folgendes Motto stehen: Die Stärke der Schweiz liegt in der Vielfalt und in der Fähigkeit, aus dem Vielen ein Ganzes zu machen, das grösser ist als seine Einzelteile, nicht zentrale Monokultur. Herr Na-

tionalratspräsident, teilen Sie dies bitte auch Herrn Bundesrat Johann Schneider-Ammann mit.

Ackerknecht, CVP/EVP: Ich danke meinen Vorrednerinnen und Vorrednern für ihre klaren und bestimmten Ausführungen. Heute ist es wichtig, dass sich alle Thurgauer Gemeinden zu Wort melden. Auch die EVP-Grossrätinnen und -Grossräte unterstützen mit Nachdruck diese Dringliche Interpellation. Die neue Ratskollegin hat heute bei ihrem Amtsgelübde bekräftigt, dass sie ihr Amt gewissenhaft und verantwortungsvoll ausüben will. Heute gilt dies in aller Deutlichkeit für uns alle erst recht. Der Thurgau ist der Landwirtschaftskanton schlechthin. Hier haben sich über Jahrzehnte bedeutende Kompetenzen entwickelt, die es auch im Interesse unseres Landes zu erhalten gilt. Unser Protest ist deshalb wichtig, und wir sind es unserer Bevölkerung auch schuldig. Sehr geehrter Herr Nationalratspräsident de Buman, bitte nehmen Sie diesen Gruss mit nach Bern.

Regierungsrat **Schönholzer**: Monsieur le Président du Conseil national de Buman, soyez aussi au nom du Conseil d'Etat bienvenu ici au canton de Thurgovie à la capitale de la Thurgovie. C'est peut-être un signe de dieu que vous êtes aujourd'hui ici dans notre salle. Nous avons discuté maintenant toute la matinée d'Agroscope, de cette idée du Conseil fédéral de fermer les sites dans la Suisse occidentale et de tout transférer justement dans votre canton de Fribourg. On a rien contre les Fribourgeois, on aime les Fribourgeois, on aime le Gruyère, mais ça, Monsieur de Buman, ça ne va pas et on vous invite de défendre ce message et je suis sûr que cet après-midi, pendant le dîner, vous aurez assez de temps de discuter avec notre délégation, ce que le canton de Thurgovie attend maintenant du Conseil national et j'espère que vous rentrerez ce soir avec une bonne impression de notre canton et que vous défendrez les idées de notre canton aussi à Berne. Merci d'avance de votre engagement. On est convaincu que Posieux doit être un site important pour la "Grundlagenforschung" en Suisse romande. Mais nous, en Suisse occidentale, on a aussi le droit d'avoir plusieurs sites et ils se trouvent en Canton du Zurich et à Tänikon.

Ich nehme zum Thema der Ausstiegsklausel aus dem Vertrag Stellung. Aus meiner Sicht gibt es im Vertrag keine Ausstiegsklausel, aber einen Vorbehalt. Dieser lautet wie folgt: "Diese Grundsatzvereinbarung steht unter dem Vorbehalt der Budgetgenehmigung durch den Grossen Rat des Kantons Thurgau. Das haben wir erfüllt. Der zweite Vorbehalt lautet: "Vorbehalten bleibt ebenfalls eine Kürzung der vereinbarten, von Agroscope zu leistenden Zahlungen durch einen entsprechenden bundesrätlichen oder parlamentarischen Entscheid." Der Vertrag wurde auf eine Laufzeit von neun Jahren abgeschlossen. Der Bund kann nun diesen Vertrag oder eben diese Klausel nun auslaufen lassen, sozusagen abrufen. Wir verhandeln neu. Der Regierungsrat hat nicht gutgläubig irgendetwas schlecht verhandelt. Da wehre ich mich dagegen. Wir haben in den Bund und in die Eidgenossenschaft ein Grundvertrauen. Wenn dieses eben nicht mehr gegeben ist, dann

sträuben sich auch bei mir tatsächlich alle Nackenhaare. Ich bitte Kantonsrat Toni Kappeler, den Brief zu schreiben und die Ratsmitglieder, diesen zu unterschreiben. Wir werden ihn nicht mit der Post schicken. Da weiss man nie, ob er überhaupt ankommt, weil die Poststellen geschlossen werden. Wir werden den Brief gleich persönlich überbringen. Sinnigerweise weilt der Bundesrat heute in St. Gallen. Ich hoffe, dass die elektronischen Medien die Botschaft unseres Grossen Rates, der so eindeutig und einstimmig hinter dieser Vorlage steht, nach St. Gallen transportiert. Die sieben Bundesrätinnen und Bundesräte sollen hören, was wir von diesem Sparvorschlag halten. Ich stehe auch mit Regierungsrat Markus Kägi des Kantons Zürich in Kontakt. Ich betone hier noch einmal unmissverständlich: Es geht nicht an, dass wir glauben, Tänikon ohne Wädenswil und Reckenholz retten zu können. Wir dürfen diesen Keil nicht zwischen uns treiben lassen. Wir werden in Bern nur mit der Unterstützung unserer Zürcher Kolleginnen und Kollegen gewinnen. Ihnen geht es um dasselbe. Tänikon ist keine Konkurrenz, sondern ein Spezialstandort der Agroscope in der Deutschschweiz, der optimal verbindet. Deshalb treten wir geschlossen auf und können vielleicht auch mit der Hilfe von Monsieur de Buman etwas bewegen, davon bin ich überzeugt. Die Ostschweiz zählt auf die Unterstützung der gesamten Schweiz.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Präsidentin: Das Geschäft ist somit erledigt.

Präsidentin: Wir haben die heutige Tagesordnung nur zum Teil abtragen können. Die nächste Ratssitzung findet am 18. April 2018 als Halbtages-sitzung in Frauenfeld statt.

Sie haben es gehört, wir haben einen Gast hier und wir haben noch ein Nachfolgeprogramm mit unserem Gast und darum werde ich jetzt die Sitzung hier schliessen.

Es sind noch folgende Neueingänge mitzuteilen:

- Motion von Hanspeter Heeb, Kilian Imhof, Andreas Wirth, Marlise Bornhauser und Doris Günter mit 69 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichnern vom 28. März 2018 "Standesinitiative Integrationskosten".
- Antrag gemäss § 52 der Geschäftsordnung des Grossen Rates von Hanspeter Gantenbein und David Zimmermann mit 56 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichnern vom 28. März 2018 "Energiegewinnung aus dem Bodensee".
- Antrag gemäss § 52 der Geschäftsordnung des Grossen Rates von Nina Schläfli und Sonja Wiesmann mit 31 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichnern vom 28. März 2018 "Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit".
- Interpellation von Kurt Egger, Josef Gemperle, Toni Kappeler und Robert Meyer mit 47 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichnern vom 28. März 2018 "ESP Wil West: Ein Beitrag zur Energiestrategie 2050?".
- Interpellation von Pascal Schmid und Urs Martin mit 45 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichnern vom 28. März 2018 "Transparenz über Langzeit-Sozialhilfebezüger".
- Einfache Anfrage von Kurt Egger vom 28. März 2018 "Energievernichtung im EKT Datacenter?".
- Einfache Anfrage von Barbara Kern, Elisabeth Rickenbach und Gina Rüetschi vom 28. März 2018 "Wie hoch ist die Prämienbelastung der Haushalte im Kanton Thurgau?"

Ende der Sitzung: 11.35 Uhr

Die Präsidentin des Grossen Rates

Die Mitglieder des Ratssekretariates